

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Gründet von dem Reichsverband der Metallarbeiter Deutschlands. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelheftpreis die Spedition. Einzelheft für Arbeitergehälter 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzahl 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 885. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 17.

Duisburg, den 26. April 1919.

20. Jahrgang

Christlich-sozial!

Zum 1. Mai.

Weltkrieg und Revolution haben Staaten, Völker und Nationen in ihren Grundfesten erschüttert. Das Jahr 1918, das den furchtbarsten aller bisherigen Kriege in sich zusammenbrach und die größte aller Revolutionen herausziehen sah, wird in der Weltgeschichte als ein weltgeschichtlicher Wendepunkt bezeichnet stehen. Das Alte ist zusammengestürzt; die Menschheit ringt nach neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensformen. Noch bietet sich uns in den meisten Ländern Europas ein Bild des größten Durcheinanders dar. Die Nationen heben unter schweren inneren Kämpfen. An die Stelle des Alten, vielfach Ueberlebten, tritt Neues, das uns eine bessere Zukunft bringen soll. Nur allzu leicht sinkt dabei auch Wertvolles nieder.

Und seltsam! Bei dem Taufen und Suchen nach leitenden Ideen und zweckmäßigen Formen für das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben der Zukunft wird, oft unbewußt, auf uralte Pläne und Auffassungen zurückgegriffen. Was als das Neueste auf dem Markte angepriesen wird, das hat nicht selten schon vor Jahrhunderten Köpfe und Herzen der Menschen bewegt.

Als Ziel der gegenwärtigen Revolution steht ein Gedanke überlegend im Vordergrund: die Ueberwindung des Kapitalismus, seine Ablösung durch gemeinwirtschaftlichen Sozialismus. Weltgehende Abstraktionen dieses Begriffs treten in Erscheinung, allein die allgemeine Idee als treibende Kraft gibt der gewaltigen Umwälzung Richtung und Ziel.

Die gegenwärtige Revolution unterscheidet sich in ihrem Wesen sehr weitgehend von der großen französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts. Damals ging der Kampf um das Abwerfen der Fesseln, in die Hörigkeit und veraltete Bindungen die Persönlichkeit des Menschen schlugen. Die persönliche Freiheit sollte ihren glänzenden Triumphzug über die Erde antreten. Allein in ihrem Gefolge schritten neben Gewerbefreiheit und Freizügigkeit auch all die unfähigen Ausartungen und Auswüchse, zu denen der erstarrte Kapitalismus geführt hat. Eine neue Hörigkeit, die oft so furchtbare Hörigkeit des Lohnarbeiters, entstand. Das, worum jetzt die Menschheit ringt, das ist die Auflehnung gegen diese Ausartungen eines unbeschränkten Freiheitsbegriffes. Die Menschheit fühlt, daß Ungebundenheit allzu leicht zur Bängellosigkeit wird. Unter dem jähelosen Kapitalismus wurde der Mensch zum Sklaven dessen, was die eigenen Hände als Werkzeuge geschaffen. Drum soll eine neue, geklärtere Gebundenheit die grauenhaften Auswüchse unterbinden. Das ist der Grundgedanke, der, oft mißverstanden und entstellt, in der Sozialisierung nach Geltung ringt. Ueber all den Kämpfen um die neue Form tritt irgendwo das Streben nach einer Ordnung, die den Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens stellt.

In lauten Tönen preist dies der Sozialismus als den Kern seiner Lehre an. In Wirklichkeit aber stoßen wir da auf Anklänge an die christlichen Sozialauffassungen vergangener Jahrhunderte, die ihre Wiederauferstehung erlebt haben, als in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts der Kapitalismus seinen Siegeszug antrat. Selbst das, was heute in dem Rätesystem zu geistlicher Anerkennung gelangen soll, hängt im Wesen mit diesen Gedankengängen zusammen. Hier wie dort ist der Kernpunkt, daß der Arbeiter nicht Objekt der Produktion bleiben, sondern Subjekt derselben neben dem Unternehmer werden soll. Er soll, so hat christlich-soziale Auffassung stets gefordert, Produktionsgehilfe des Unternehmers sein. In den Schriften und Reden eines Ketteler, eines Freiherrn von Vogelsang, eines Viktor Meiner, begreift man fernher auf Schritt und Tritt den Auffassungen, die dem Streben nach einer neuen Stände-verfassung zu Grunde liegen. Hier spricht sich zugleich die umfassendere Bedeutung der christlich-sozialen Auffassung gegenüber dem marxistischen Sozialismus aus. Denn die Vertretung der einzelnen Erwerbsstände, die Wirtschaftskräfte, oder wie man diese Körperschaften nennen will, werden sich naturgemäß nicht auf den Arbeiterstand allein erstrecken können; sie müssen auch die anderen erwerbstätigen Volksschichten mit erfassen und zur Geltung kommen lassen. In der Regierungsvorlage über die Betriebs- und Wirtschaftsräte ist dieser Notwendigkeit bereits Rechnung getragen.

Das ist der Gedanke vom Organismus, den der Gesellschaftslehre im christlich-sozialen System darstellt. Damit kommt ein Hauptgedanke des alten christlich-sozialen Programms zu praktischer Geltung. Was allerdings die Sozialisten aller Schattierungen heute vertreten, ist vielfach nur das Streben nach Veränderung der äußeren Formen. Das geht damit an sich noch nicht viel erreicht ist, sollte die Gesellschaft lehren. Niemals wird eine umfassende und wesentliche Veränderung eintreten, wenn nicht eine innere sittliche Läuterung den Wechsel der Formen begleitet. Hier zeigt sich, wie unendlich erhaben die christlich-soziale Auffassung im Vergleich zur durchschnitlichen sozialistischen Auffassung ist. Für sie ist beides, die Veränderung des inneren Menschens als Voraussetzung für die Veränderung der Formen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, untrennbar miteinander verbunden.

Das ist der stolze Gedanke, der uns am 1. Mai bewegt. Den christlich-sozialen Gedanken als Leitstern für die Zukunft zu propagieren, dazu bieten die Umwälzungen dieser ereignisvollen Monate die beste Gelegenheit. Die deutsche Nationalversammlung hat beschlossen, daß der 1. Mai d. J. als Feiertag gelten soll, um für die Idee des Völkerebens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes zu demonstrieren. Gleichzeitig soll dieser Feiertag als eine Volkslundgebung für politischen und sozialen Fortschritt und für einen gerechten Frieden öffentlich in Erscheinung treten. So wertvoll und zweckmäßig die hier erwähnten Forderungen sind, und so sehr wir an sich mit ihnen sympathisieren — die Mehrheit des deutschen Volkes steht in dieser Zwecksetzung der Maifeier doch kaum etwas anderes, als eine Verbrämung der wirklichen Beweggründe, die zur Proklamierung der Maifeier geführt. Wahrheit ist und bleibt, daß die Maifeier für die Sozialdemokratie eine Demonstration sein soll. Auf Grund seiner Vorgeschichte wird der 1. Mai kein Nationalfeiertag, sondern ein Partei-Feiertag der Sozialdemokratie sein. Prinzipiell und ohne Vorbehalt können deshalb die Anhänger der christlichen Arbeiterbewegung dem sozialdemokratischen Maifeiertag nicht zustimmen.

Wir brauchen die Einführung desselben aber auch nicht fraglich zu nehmen oder gar als ein Unglück zu betrachten. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird dem neuen Feiertag einen Inhalt geben, der unserer Bewegung und unseren Ideen dienlich ist. Dieser Inhalt kann durch das Wort christlich-sozial auf eine kurze Form gebracht werden. Unter diesem Zeichen wollen wir heute unser Banner entfalten und der Menschheit, vor allen Dingen unseren lieben Arbeitsbrüdern, den Weg in eine glücklichere Zukunft zeigen. Die christliche Sozialreform kann auf eine große erfolgreiche Vergangenheit zurückblicken. Christliche Sozialpolitiker haben seit Jahrzehnten positiv und erfolgreich auf diesem Boden ersprießlich im Interesse des Volksganges gearbeitet zu einer Welt, als die Sozialdemokratie eine unfruchtbare Ullas- oder Nichtspolstrik trieb.

Diese Tatsachen wollen wir am 1. Mai unseren Anhängern und der Öffentlichkeit in die Erinnerung zurückrufen und gleichzeitig für die Durchsetzung unserer Ideen in der Zukunft wirkungsvoll demonstrieren. Zu diesem Zweck werden überall dort, wo es eben zu ermöglichen ist, große öffentliche Versammlungen abgehalten, die gleichzeitig als eine Befruchtung der Nation wirken müssen. Auf diese Art und Weise soll der Maifeiertag ein Erntefest und ein Tag neuer Ausfahrt für unsere Bewegung werden.

Der Rätekongreß

Vom 8. bis 14. April tagte in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses in Berlin der Zweite Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Vier Tage waren nötig zur Generaldebatte über den Bericht des Zentralrates, zwei Tage für das Rätesystem einheller Tag für die Neuwahl des Zentralrates und für die Sozialisierung einen Vormittag. Fragt man nach dem praktischen Ergebnis, so muß man sagen, daß, abgesehen vom Rätesystem, wohl kaum etwas Richtung gebendes herausgekommen ist. Das ist zum allergrößten Teil neben der ungeheuren Schwachheit der U. S. P. D. wohl darauf zurückzuführen, daß dieser Kongreß keine vollwertige Vertretung der werktätigen Arbeiterschaft darstellt. Die vom Zentralrat festgesetzte Wahlordnung war den sozialdemokratischen Parteien auf den Leib zugeschnitten. Die Ursache des Mißerfolgens der nichtsozialdemokratischen Kreise lag darin, daß man z. B. in der Provinz Westfalen einfach verfügte: „Wählbar und wahlberechtigt sind nur Mitglieder der sozialistischen Parteien.“ Für das alte Rheinland hatten die dortigen sozialdemokratischen Parteileiter einfach vier Delegierte ernannt. Im übrigen Deutschland ist es nicht viel anders gewesen.

Die christlichen Gewerkschaften waren durch ganze drei Delegierte vertreten. Einer von ihnen, Kollege Weinbrenner-Duisburg formulierte in längerer Rede den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften. Zur Bezeichnung des Kongresses führte er u. a. aus:

„Meine Herren! Ganz ungeträbt ist ja auch bei uns die Freude nicht über den Bericht des Zentralrates. Insbesondere haben wir Anstellungen zu machen am Wahlfest. Nach den Richtlinien des Zentralrates soll der Kongreß ein Spiegelbild des werktätigen Volkes sein. Wenn man sich aber die Präsenzliste und vor allen Dingen die Parteischattierungen hier anschaut, dann werden Sie ohne weiteres zugestehen müssen, daß der Kongreß nicht ein wirkliches Spiegelbild des werktätigen Volkes ist. Worin erblicken wir denn eigentlich dieses Spiegelbild? Doch höchstwahrscheinlich nur in unseren Berufsorganisationen. Ich muß nun feststellen, daß die christlichen Gewerkschaften, die Christ-Underschen Gewerkschaften, die zahlreichen nichtsozialdemokratischen Angestellten- und Beamtenorganisationen und die Landwirtschaft mit ihren vielen Arbeitern kaum vertreten ist. Insbesondere muß ich fragen, wo sind die Vertreter dieser Kreise aus Westfalen, aus Württemberg, aus Baden, aus Bayern, aus Ost- und Westpreußen und aus Schlesien? Da aus e. sehen Sie, daß man das Wahlfest konstruiert hat, daß von vornherein alle diese werktätigen Kreise des Volkes von der Teilnahme am Kongreß ausgeschlossen hat. Wir müssen darum verlangen, daß in den Richtlinien des Zentral-

rates nicht nur angegeben wird, wie die Arbeiterräte selbst zu wählen sind, sondern daß auch angegeben wird, wie die Delegation zum Kongreß zustande kommen soll und daß bemerkt werden gehandelt wird.“

Eine der ersten Forderungen, die der neu gewählte Zentralrat zu erfüllen hat, ist

die Schaffung eines korrekten Wahlgesetzes für die Arbeiterräte

und die Delegation zu den Bezirks- und Landesräten und zum Reichskongreß. Diese Wahlordnung ist die Voraussetzung für die weitere Mitarbeit aller nichtsozialdemokratischen Kreise. Sollte ein solches korrektes Wahlgesetz wiederum verhindert werden, dann ist die weitere Mitarbeit der genannten Kreise überflüssig. Durch ihr Fernbleiben und öffentliches Protestieren wird dann nämlich der Sozialdemokratie zum Bewußtsein kommen, daß sie selber nur einen Bruchteil der schaffenden Stände darstellt.

Das Rätesystem

Ist eigentlich sachlich am besten beraten worden, alle Parteien hatten dazu eine Anzahl Vorschläge eingebracht, selbst die Regierung ist nicht untätig gewesen. Der neue Artikel 84 a soll das Rätesystem in der Reichsverfassung verankern. Ueber die Grundzüge, wie das Rätesystem ausgestaltet werden soll, waren die Meinungen sehr geteilt.

Die unabhängigen Sozialdemokraten traten für die proletarische Diktatur ein. Sie sind der Meinung, daß die Arbeiterräte die Vertretung der werktätigen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens sein sollen. Infolgedessen die gesamte politische Macht dem Rätekongreß. Daraus folgt natürlich, daß die Nationalversammlung überflüssig wird.

Soweit wollen allerdings die Mehrheitssozialisten nicht gehen. Sie brachten den Antrag der Unabhängigen zu Fall. Das allerdings durch ihren eigenen zum Beschluß erhobenen Antrag vollständig klarheit geschaffen ist, werden sie wohl selbst kaum zu behaupten wagen, wie das der nachstehend abgedruckte Wortlaut des Antrages darzut:

1. Die Grundlage der sozialistischen Republik muß die sozialistische Demokratie sein. Die formal-demokratische bürgerliche Demokratie vertritt in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nach der bloßen Zahl. Die sozialistische Demokratie muß deren Ergänzung bringen, indem sie die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeits-tätigkeit zu erfassen strebt.
2. Dies kann am besten durch die Schaffung von Kammern der Arbeit geschehen, zu denen alle arbeitstätigen Deutschen, nach Beruf und Geschlecht, wahlberechtigt sind.
3. Zu diesem Zweck jedes Gewerbe unter Berücksichtigung aller in ihm tätigen Kategorien (einschließlich der Betriebsleiter) einen Produktionsrat, in den die einzelnen Kategorien ihre Vertreter (Räte) entsenden. Die Landwirtschaft und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen.
- 3a. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die in den einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengelagerten Betrieben erfolgen.
- 3b. Der Produktionsrat des einzelnen Gewerbebezuges der Gemeinde wird mit dem Produktionsrat des gleichen Zweigs in Kreis, Provinz, Land und Reich zu einem Zentralproduktionsrat verbunden.
4. Jeder Produktionsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit, die in der kleinsten Wirtschaftseinheit beginnt.
5. Diese ist die Gemeinde, resp. Großgemeinde; Gemeinden, die eine Wirtschaftseinheit bilden, werden zusammengelagert.
6. Die Produktionsräte der Kreise, Provinzen, Länder und der Gesamtrepublik tun dasselbe. Ueberall besteht eine allgemeine Volkskammer und eine Kammer der Arbeit.
7. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das zu drei aufeinander folgenden Jahren von der Volkskammer (Gemeindevertretung, Kreisversammlung, Provinzialvertretung, Landtag, Reichstag) unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft.
8. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Volksabstimmung zu verlangen.
9. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters (vor allem die Sozialisierungsgesetze) zuerst zu. Es liegt ihr ob, auf diesem Gebiet die Initiativrolle zu ergreifen. Der Volkskammer gehen in der Regel die Gesetzentwürfe allgemein politischen und kulturellen Charakters zuerst zu. Die Zustellung der Delegierten auf die einzelnen Berufe wird durch besonderes Gesetz geregelt.

Durch diesen Antrag verlangen also die Mehrheitssozialisten für die Verfassung des deutschen Reiches das Zweikammernsystem. Aber nicht nur für das Reich, sondern auch für die Einzelstaaten, Provinzen, Städte, Kreise und Landgemeinden. Die aus dem Rätesystem hervorgegangenen sollen die Kammern der Arbeit sein.

Die Volkskammer

soll hervorgehen aus allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahlen aller zwanzigjährigen Deutschen. Für das Zustandekommen der Kammern der Arbeit sind in dem angenommenen Antrag klare Grundzüge nicht angegeben. Jedes Gewerbe soll unter Berücksichtigung aller in ihm tätigen Kategorien einen Produktionsrat bilden, in der die einzelnen Kategorien ihre Vertreter entsenden. Landwirtschaft und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen. Diese Produktionsräte sollen aus Wahlen hervorgehen, die in den einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengelagerten Betrieben erfolgen. Von großer Klarheit zeugt diese Fassung keineswegs und ist im einzelnen dazu noch sehr viel

zu sagen: In der nächsten Nummer werden wir eingehend darauf zurückkommen.

Die Produktionsräte der einzelnen Gewerbebezirke sollen die Delegierten in die Kammern der Arbeit wählen, die in der kleinsten Wirtschaftseinheit beginnt. Diese ist die Gemeinde resp. Großgemeinde. Festzuhalten ist also, daß das Wahlrecht für die Kammern der Arbeit bei den Produktionsräten liegen soll. Die Grundlage der Produktionsräte soll eine berufskundliche sein und sie soll aus berufskundlichen Wahlen hervorgehen, das Recht zwar nicht in dem angenommenen Antrag, aber der Begründer des sozialdemokratischen Antrages, Herr Kalkstiel, hat sich darüber sehr eingehend in seiner Begründung verbreitet.

Und für sich kann man mit dem Zweikammersystem einverstanden sein und zwar deswegen, weil die Elemente der produktiven Arbeit in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht bisher viel zu wenig zur Geltung gekommen sind. Wahr ist es auch, daß die Arbeiterschaft bisher völlig unzureichender Weise mit der Produktion verknüpft war. Ein gut Teil der Verständnislosigkeit für volkswirtschaftliche Dinge ist darauf zurückzuführen. Jedenfalls ist die Frage weder mit dem angenommenen Antrag der Mehrheitssozialisten noch mit der Art, wie die Regierung das Problem zu lösen gedenkt, restlos geklärt, denn das Neben- und Durcheinander von Räten, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Arbeitsgemeinschaften usw. läßt nicht ersehen, wie eine erspriechliche Wirksamkeit erzielt werden soll. Voraussetzung für eine sachgemäße Arbeit der Kammern der Arbeit ist, daß ihr Aufbau ein organischer, sie nach demokratischem alle Beteiligten gleichmäßig berücksichtigendes Wahlverfahren gewöhnt werden und daß auch die Minderheiten eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung finden. Werden diese Dinge von dem neu gewählten Zentralrat in ein harmonisches Ganze gebracht, dann ist es vielleicht möglich, daß die aus dem Rätesystem hervorgegangenen Kammern der Arbeit wertvolle Dienste im Interesse des Gesamtvolkes leisten können.

Zu befechtigen ist aber, daß sie, weil sie vollständig gleichberechtigt werden sollen, mit den Volkskammern ebenfalls Redeparlamente werden. Diese Befürchtung kann nur parastifiziert werden, wenn die nichtsozialistischen Kreise der schaffenden Stände sich rechtzeitig über die weittragende Wirkung klar werden und auf der ganzen Linie dafür sorgen, daß sie in den Gemeinde- und städtischen Arbeiterräten eine entsprechende Vertretung finden. Ganz ausgeschlossen aber ist, daß die kommunalen Arbeiterräte lediglich als Betriebswahlen zustande kommen; man kann diese Körperschaften doch nicht aus zwei verschiedenen Wahlkreisen hervorgehen lassen.

Im Prinzip widerspricht das Zweikammersystem dem Erfurter Programm. Die Dinge sind aber im Fluß, die Sozialdemokratie selbst ist bereit, von ihrem Erfurter Programm abzugehen, das konstatiert nicht nur Herr Cohen-Neuß (Mehrheitssozialist), sondern auch der bekannte Revolutionär Däumig (U. S. P. D.), der bereit ist, den zweiten Teil des Erfurter Programms preiszugeben. Für die nicht sozialdemokratischen Kreise aus den schaffenden Ständen ergibt sich also ein nachkames auf der Hut sein, um bei den kommunalen Wahlen zu den Räten einen entsprechenden Erfolg zu erringen. Diese Räte würden die Urzelle der Kammer der Arbeit für das gesamte Reich.

Hervorgehoben sei, daß die christlichen Vertreter diesem Antrag der Mehrheitssozialisten nicht zugestimmt haben, sondern für nachstehenden Antrag der demokratischen Fraktion eintraten.

Der Aufbau des Rätesystems ist auf folgenden Grundlagen zu vollziehen:

1. Berufskundliche Gliederung und berufskundliche Wahlen.
2. Heranziehung aller organisierten Hand- und Kopfarbeiter einschließlich der freien Berufe und der selbst arbeitenden Unternehmer.
3. Einordnung der Räteorganisation in den demokratischen Volksstaat und Unterordnung der Rätevertretungen unter die politischen Volksvertretungen.
4. Beschränkung der Aufgaben der Räteorganisationen auf wirtschaftliche und sozialpolitische Angelegenheiten.

Weider fiel dieser Antrag durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages unter den Tisch.

Nicht uninteressant für unsere Leser dürfte der Abschnitt der Rede des Kollegen Weinbrunner sein, der sich mit der Sozialisierungsfrage befaßt. Er führt aus:

„Meine Herren! In der Ansprache über unsere trostlose wirtschaftliche Lage hat man von der linken Seite des Hauses namentlich zwei Urfragen angeführt. Einmal soll die Schuld liegen an der Nichtausführung der Sozialisierung und andererseits soll die Nichtausführung der 7 Forderungen Punkte der Grund sein. Was ist Wahres daran? Bietet ich mir über diese Dinge vorgetragen worden, aber aus all den Darlegungen habe ich nicht die Überzeugung gewonnen, daß die eigentlichen Gründe zu Tage gefördert worden sind. Nach meinem Dafürhalten liegt der wahre Grund unserer trostlosen Wirtschaftslage darin, daß es viel leichter ist,

eine alte Ordnung innerhalb weniger Stunden

zu zerlegen, als eine neue aufzubauen. Trotzdem wir nun sechs Monate in diesem Zustand sind, ist es nicht gelungen, an die Stelle der alten Ordnung eine neue zu setzen. Von der Sozialisierung wird nun alles Heil erwartet. Es ist aber sehr merkwürdig, daß über die Sozialisierung außerordentlich viel geredet und geschrieben wird von Reden, die sich über die primitivsten Anfänge der Produktion nicht im Klaren sind, die sich vor allen Dingen nicht im Klaren sind über die Elemente der Betriebskalkulation. Wenn man sich doch etwas mehr hineinversetzen würde, wenn man etwas weniger mit Schlagworten innerhalb der Arbeiterschaft arbeite, dann würde sich schon zeigen, daß Cohen-Neuß recht hat, als er Ihnen, den unabhängigen Sozialdemokraten, sagte: „Wenn Sie vier Wochen die Macht in die Hand haben, wird sich sofort herausstellen, daß Sie die Sozialisierungsfrage nicht einprägen in der Lage sind, die Sie der Arbeiter gemacht haben.“ Ich hätte nun erwartet, nachdem man solche Vorwürfe erhoben hat, daß man den durchaus richtigen Satz von Kalkstiel auf dieser Tagung: „Zeit, Ihre unabhängigen Sozialdemokraten, mit einem unabhängigen Gehirnen über das Regierungsprogramm hinaus, und es ist Euch alles verziehen,“ widerlegt hätte. Insbesondere hätte ich erwartet, daß Herr Braß-Kamjisch sich die Gelegenheit nicht entgehen hätte lassen, den Bormann des Herrn Kalkstiel zu entkräften, und aus ein für und fertiges Sozialisierungsprogramm der Reichsleiter und Solinger Metall-, Stahl- und Eisenwaren-Industrie vorzulegen hätte. Herr Braß müßte das ja eigentlich können. Er ist von Beruf Feilenhauer, also Metallmeister, und ist in der Praxis als Kaufmann tätig. Er vereinnigt also glücklicherweise Dinge in sich und hätte uns dramatisch ein fertiges Sozialisierungsprogramm vorlegen können. Hätte Herr Braß das getan, dann würde ich sagen: Wozu, das ist eine Zeit! Aber er hat es nicht getan. Feststellen muß ich aber die Tatsache, daß Herr Braß kritisiert und negiert hat bis aufs Äußerste, jeder aber keine schäblichen Gebanken vorgetragen, und vor allen Dingen kein Wort der Bezeichnung gefunden hat, über die erwill-

lose Art, in der das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ruiniert wird. Also das Schlagwort von Sozialisierung kann uns wirklich nicht beehren, zu glauben, daß es auf der anderen Seite besser gemacht werden könnte, wenn man sie fortzuführen ließe in Ihrem Treiben, wie man es bisher bei Ihnen gewohnt war. Durch diese geradezu niederdrücklichen Redereien ist unsere Industrie und unser Wirtschaft in einen entsetzlichen Zustand geraten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß eine ganze Menge Werte am Rande des Bankrotts stehen. Dieber belegt diese Dinge mit Tatsachenmaterial aus der heimisch-wirtschaftlichen Industrie, das unserem Leserkreis bereits bekannt ist. Und nun frage ich Sie, was kommt für die Gesamtheit dabei heraus, wenn wir Werke, die sich in solchem schauerhaften Zustande befinden, sozialisieren? Sozialisierung heißt doch Steigerung der Produktion bis zum Höchstmaß, Sozialisierung heißt doch Verbilligung der Produktion, damit jeder Volksgenosse sich in den größtmöglichen Besitz aller Verbrauchsgüter setzen kann, Sozialisierung heißt aber nicht, daß die Reichen die Schichten bezahnen und die Arbeiter die Kohlen verkaufen, wie es vorgekommen ist.“

Die Sozialisierungsfrage

wurde in einem Vormittag durchgepeitscht. Es lag wohl zum Teil daran, daß der Referent Kalkstiel erkrankt und das Referat durch Frau Kalkstiel verlesen wurde. Besonders neues und vor allen Dingen praktische Vorschläge für die Sozialisierung wurden nicht erbracht. In der Kalkstiel'schen Resolution zur Sozialisierung heißt es: „Sie (die Sozialisierung) kann nur schrittweise vorangehen und braucht Jahre zu ihrer vollständigen Ausgestaltung.“ Dann meint er weiter, es sei um so dringender notwendig, daß dieselbe von einer Regierung in die Hand genommen würde, die entschlossen sei, die Sozialisierung aufs energischste zu fördern. Der gegenwärtigen Regierung spricht Kalkstiel diese Entschlossenheit ab und verlangt eine rein sozialistische Regierung. Ferner sagt Kalkstiel in seiner Resolution: „Bei vollkommener Sozialisierung sinken in den Konsumumenten niedrigere Preise, den Arbeitern erhöhte Löhne, kurze Arbeitszeiten, Sicherheit der Existenz...“ Kalkstiel ist aber doch klug genug, zuzugeben, daß unter den heutigen Verhältnissen die genannten Wirkungen der Sozialisierung nicht eintreten würden. Seine Freunde von der U. S. P. waren allerdings anderer Meinung. Sie redeten auch hierzu recht lang und breit aber nicht überzeugend und praktisch.

Der zweite Rätekongreß zeigte alles in allem einen wachsenden Einfluß der radikalen U. S. P. und bei den Mehrheitssozialisten eine große Direktionslosigkeit. Daher kam es, daß die Mehrheitssozialisten ganz unter den Banner der Cohen-Kalkstiel gerieten, die zur Gemeinde der Soz. Monatshefte gehören, und die ja ganz besondere wirtschaftliche und außenpolitische Lustigkeiten betreibt. Die Regierung hat an diesem Kongreß keine Stütze erfahren. Hervorzuheben ist, daß angestrichene Kneifen mehrheitssozialistischer Delegierter bei diffizilen Abstimmungen, die dann fluchtartig den Saal verließen.

Bolschewismus führt zur Hungersnot und Arbeitslosigkeit

Die Bolschewiki versprachen den Massen goldene Berge und entwerfen in ihren Reden und Schriften glänzende Zukunftsaussichten. In Wirklichkeit führen sie aber das Volk in unfagbares Elend, gänzliche Verarmung und Hungersnot sind die unauslöschlichen Folgen ihres Systems. In Rußland, wo die Bolschewiki die Herrschaft an sich gerissen hatten, hatten sie Zeit und Gelegenheit genug gehabt, um ihre Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Was ist die Folge gewesen? Folgende Angaben, die russischen Quellen entnommen sind, geben die beste Antwort darauf:

Dimitri Gawronski berichtete vom Sommer 1914, also von einer Jahreszeit, in der die Ernährung verhältnismäßig leicht durchzuführen ist, daß der durchschnittliche Bedarf für Petersburg täglich 32 Waggons Getreide beträgt. Es konnten aber nur viereinhalb Waggons zugeführt werden, nicht viel mehr als der achte Teil des Bedarfs. Der tägliche Verbrauch von Moskau ist 26 Waggons, zugeführt werden nur fünf Waggons. Noch schlechter ist es den Gouvernements von Zentral- und Nord-Rußland ergangen, wo nicht einmal 10 Prozent des notwendigen Bedarfs an Getreide aufgebracht werden konnten. Gawronski erzählt, daß selbst nach dem Verständnis der Bolschewiki der Versorgungsstand verzweifelt sei. Dasselbe Wort hat Lenin kürzlich in einer Ansprache gebraucht. Das sind die Folgen der Bolschewikiensherrschaft mit der Zerstörung aller staatlichen Einrichtungen, mit der Untergrabung jeglicher Autorität, mit der Vernichtung des ganzen Transportwesens.

Wie furchtbar sich die Ernährungsfrage unter den Bolschewiki gestaltet hat, zeigt sich in einer Schilderung, die der Kommunist Goluber von Nowgorod entworfen hat. „Ich war selbst Augenzeuge, wie die Menschen dazu übergingen, sich nach Art von Tieren zu nähren, wie sie auf den Feldern wilden Aes suchten, trockneten, zerrieben und aus ihm Fladen braten.“ Die „Swestnia“, das Organ der Bolschewiki, bezeichnet die Lage im Gouvernement Dnenez als verzweifelt. Dabei ist Rußland ein agrarisches Land, dem für die Beschaffung weit größerer Hilfsmittel zur Verfügung stehen, als anderen Ländern. Die Arbeiter in Swanow haben folgenden Beschluß gefaßt: „Seit dem Juni ist im Gouvernement kein Brot ausgeteilt worden. Weiter zu hungern haben die Arbeiter keine Kraft. Wir protestieren gegen die Politik der Zentralgewalt, welche die Arbeiterschaft des Gouvernements an den Rand des Hungertodes gebracht hat.“

Dabei hat die Sozialisierung den Arbeitern auch noch die Möglichkeit gewinnbringender Beschäftigung genommen. Das ganze Wirtschaftsleben ist dadurch vernichtet worden. Der Metallindustrie um 60 Prozent vermindert. Im Oktober des vorigen Jahres wurden 161 Betriebe der Zementindustrie geschlossen und eine entsprechende Zahl von Arbeitern entlassen, weil es an den notwendigen Rohstoffen fehlt. In der Zementindustrie haben alle Fabriken aufgehört zu arbeiten. Von 32000 Arbeitern der Gummiindustrie sind nur noch 7500 beschäftigt. Ueber den Einfluß der Sozialisierung sagt die Swestnia, das Organ der Bolschewiki, „Die Sozialisierung und die Requisition der Fabriken hat nur zu einem gänzlichen Chaos der Holz- und Papierfabrikation geführt.“ Wehlich sind die Verhältnisse in der gesamten Zementindustrie.

Das sind die Folgen der Bolschewikiensherrschaft in Rußland. Wenn dieselben würden sich auch bei uns einstellen, wenn die Bolschewiki zur Herrschaft gelangen würden: Hungersnot und Arbeitslosigkeit. Am meisten würden darunter die Ar-

beter selbst zu leiden haben. Es ist dringend notwendig, daß sie sich nicht durch die hohen Phrasen und leeren Versprechungen der bolschewistischen Agitatoren täuschen und verführen lassen. Was die Bolschewiki tatsächlich erreichen, zeigt Rußland. Wäge uns ein ähnliches Schicksal spart bleiben. Sache der Arbeiter ist es in erster Linie, dem entgegenzuarbeiten und die Regierung in ihrem Bestreben der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Sozialisierung

(Schluß.)

Die deutsche Montanindustrie hat im Laufe ihrer Entwicklung und ohne Zweifel im Zusammenhang mit diesen „Reiseerscheinungen“ die größten Konzentrationsbestrebungen gezeigt, die in der modernen Form der umfassenden Syndikate ein tatsächliches Monopol besaßen. (Bergbau, Elektrizitätsindustrie, Großtextilindustrie.) Monopolbetriebe, sagt im „Neuen Reich“ Mahkert mit Recht, scheinen für die Sozialisierung besonders geeignet zu sein.

Bei ihnen vor allem findet man jene Stetigkeit und Sicherheit des Absatzes und der Produktion, von denen oben die Rede war. Monopole, handle es sich dabei um natürliche wie beim Bergbau, um rechtliche wie bei den Eisenbahnen oder um tatsächliche wie bei den großen Syndikaten, scheinen daher vor allem bestimmt, in den Besitz des Staates überzugehen, wobei das Prinzip der Rentabilität allerdings ein sehr beachtenswertes Merkmal bildet.

Werfen wir nun, ausgehend von diesem Gesichtspunkt, einen flüchtigen Blick auf die deutsche Industrie, so kann man die Verstaatlichung der Verkehrsmittel ohne weiteres fordern. Denn bei ihnen treffen alle oben erwähnten Merkmale vollkommen zu, wobei die Ausnahmestellung der Schifffahrt, insbesondere der internationalen Seeschifffahrt allerdings zu einer Sonderbehandlung zwingt.

Monopolcharakter tragen weiter vor allem die Bergwerksbetriebe aller Art an sich, und es ist daher kein Wunder, wenn der Staat mit ihrer Verstaatlichung den Anfang gemacht hat (Kohle, Stahl) und auch andere ohne Zweifel folgen werden. Bedenken ergeben sich allerdings bezüglich der Eisenwerke wegen ihrer engen Verbindung mit der Holz- und Zementindustrie. Dagegen dürfte die Verstaatlichung der Wasserkraftwerke zwecks Gewinnung von Energie ohne weiteres ein für die Sozialisierung geeignetes Objekt darstellen.

Desgleichen könnte die Forst- und Waldwirtschaft bei ihrer eminenten Bedeutung für die Allgemeinheit ohne Schwierigkeit in Staatsverwaltung übergehen. Bei der Zementindustrie ergeben sich dagegen wegen ihrer inneren Probleme, insbesondere der Rentabilitätsfrage, gewichtige Einwände, so groß ihre Bedeutung für den Baumarkt auch sein mag. Die Schwierigkeiten, die einer Verstaatlichung der Hypothekendarlehen entgegenstehen, sollten angesichts der großen Bedeutung dieser Mittel für die ganze Volkswirtschaft wohl gehoben werden können. Geringer sind die Schwierigkeiten bei dem Versicherungswesen, das in allen seinen Zweigen mit ganz geringen Ausnahmen sozialisierbar erscheint.

Eine noch neue Industrie, die aber bereits mit ihrer Geburt alle Merkmale einer großstädtischen Monopolindustrie trägt, ist diejenige der Stoffherstellung, deren Verstaatlichung nicht nur wenig Schwierigkeiten bieten dürfte, sondern auch im ausgesprochenen Interesse der Allgemeinheit liegt.

Zu diesen Verstaatlichungen in der Industrie selber kommt dann noch eine Anzahl von Handelsmonopolen, die zum Teil ohne alle Schwierigkeiten dem Staate unterstellt werden könnten. Es gehören hierzu vor allem das Tabak- und Petroleummonopol, das Streichholzmonopol und das Spiritusmonopol. Einige Schwierigkeiten besonderer Art dürften nur bei einem Getreidemonopol zu überwinden sein, die aber angesichts der überragenden Bedeutung gerade der Getreideversorgung und ihres Zusammenhangs mit inner- und zollpolitischen Fragen wohl überwunden werden könnten.

Nur darf auch in diesen Zweigen nicht ins Blaue hinein sozialisiert werden. Die Hauptfrage bleibt nach wie vor die Rentabilität. Würde die Gemeinwirtschaft es nicht fertig bringen, mit den gleichen Preisen zu produzieren, als die Privatwirtschaft, dann würde sie am besten die Finger davon lassen, denn dann müßte die breite Masse in Form erhöhter Steuern selbst die „Sozialisierung“ tragen. In dem Falle würde sich am besten der Staat oder die Gemeinwirtschaft ein größeres Aufsichtsrecht in den Betrieben sichern müssen, besonders um die Arbeiterschaft hinsichtlich der Lohn- und Arbeits- oder Rechtsverhältnisse nachdrücklicher zu unterstützen. Angesichts der durch den Krieg verursachten Verarmung des Landes muß es sich der Staat sehr eingehend überlegen, ob er im Interesse der Allgemeinheit einen Betrieb übernehmen darf, der ihm jährlich erhebliche Zuschüsse kostet.

Mit bloßen Kraftmeistern ist die Sozialisierung nicht durchzuführen, es gilt dabei das ganze feine Gerüst der deutschen Industriemaschine zu beachten. Geübte haben dabei auszuhalten, wo es das Lebensinteresse des Volkes gilt. Und auch da müssen wir tüchtles Blut leihen und das nicht nur von den Sozialisierungsführern, die alles sozialisieren wollen, wie sie jetzt zu Tugenden in den Betrieben liegen, ihre machen lassen. Freilich: Die Menschheit hat ja immer den bestmöglichen Mann als „starker Mann“ einfach ein Gebäude niederriß, ohne sich zu bekümmern, was nun werden sollte. Diejenigen, die still und unermüdet ihre Pflicht taten, gelten bei der Menschheit nicht.

Sind die Sozialisierung ist nicht das Allheilmittel der modernen Zeit. Ich fürchte sogar, man redet oft sozial von Gemeinwirtschaft, um sich an Gemeinfinn vorbeizudenken zu können. Der materielle Umbau unseres Wirtschaftslebens, so notwendig er nach manchen Seiten hin ist, bedeutet eine Schweißarbeit, wenn es uns nicht gelingt, den Geist des Volkes zur Gemeinshaft zu erziehen. Die Sozialdemokratie, die am meisten das Wort „Gemeinshaft“ in den Mund nahm, hat, als die Probe aufs Exempel gemacht wurde, vollständig versagt. Was uns retten kann und was unser Volk weiter erziehen kann, ist der große erhabene Geist des Christentums. Danach müssen wir streben.

Anerkennen müssen wir auch die große Arbeit, die trotz mancher Schwächen, die Industrieführer, die Techniker und Ingenieure geleistet haben. Es würde von sehr geringem Gesamtergebnisse zeugen, wollten wir das, was diese Leute leisteten, nicht in voller Größe würdigen, sondern einfach zum alten

Eszen merken. Mancher von den alten Industriekapitalisten ist ein „Fanatiker der Arbeit“, der nichts weiter kennt, als Arbeit und nur Arbeit und an der nieermüdenden Pflanzenerfüllung der Industrieriesen ihren Werken gegenüber könnte sich mancher Gewerkschaftler ein Beispiel nehmen.

Die neue Wirtschaft, die kommen soll, gibt uns nicht das Recht, die alte — trotz ihrer Schärfe — in Grund und Boden zu verdammen und an ihr kein gutes Haar zu lassen.

Arbeiterchaft und Unternehmertum sind auf das engste aufeinander angewiesen und es ist eine lächerliche Umwegung der Tatsachen, wenn man z. B. der Arbeiterchaft weismachen will, sie allein könne alles, sie brauche gar keinen anderen, wie es von sozialdemokratischer Seite systematisch gesehen ist und noch geschieht. Jeder Stand hat Grenzen seiner Möglichkeit, ob er Bauer, Mittelständler oder sonstwas ist, sie sind auf andere angewiesen. So geht es mit der Arbeiterchaft auch. Wir können den Geist der Techniker und Ingenieure, die kaufmännische Welt und den Scharfsinn des Unternehmertums nicht entbehren, wenn wir nicht selbst darunter leiden wollen.

Mit radikalen Phrasen, womit die Sozialdemokratie seit mehr als fünfzig Jahren die Sinne der Arbeiterchaft umnebelt hat, — deren Folgen sich ja jetzt auch zeigen — kommen wir absolut nicht vorwärts, das geschieht nur in enger gemeinsamer Arbeit, indem der eine des anderen Rechte achtet.

Mit radikalen Tönen ist bekanntlich noch nichts getan, auch in der neuen Wirtschaft nicht, obwohl in ihr vorläufig entschieden mehr geschwätzt als geschafft wird.

Schaffen ist die Voraussetzung der neuen Wirtschaft und der Sozialisierung. Sozialisieren und dabei jeden Augenblick Streiks infizieren, wie es seit der Revolution bei den Bergleuten an der Tagesordnung ist, bedeutet nichts anderes als Wahnsinn.

Wenn wir den ganzen Komplex der Sozialisierungsfragen überblicken, so ergeben sich zwei Momente: Ein Teil der Betriebe müßte aus Gründen des Allgemeininteresses in den Dienst der Gemeinschaft überführt werden; ein anderer Teil aber müßte der Privatwirtschaft überlassen bleiben, weil dort die Gemeinwirtschaft verfaulen würde.

Aber auch bei den Werken, die in Privatwirtschaft verbleiben, muß ein größerer demokratischer Zug eingelesen: Das demokratische Fabrikssystem oder die konstitutionelle Fabrik, die vor Jahrzehnten der Berliner Industrielle Greese einführen wollte, die aber damals an den schmerzhaften Allüren der sozialdemokratischen Gewerkschaften scheiterte.

Das alte System des „Herrn-im-Hause“-Standpunktes hat viel zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen, wenn auch nicht geeignet werden darf, daß die sozialdemokratische Agitation das Gleiche zur Folge hatte. Wenn in Zukunft einträchtlicher zusammengearbeitet werden soll, dann kommen wir an einem demokratischen Fabrikssystem nicht vorbei. Alle Demokratie setzt erhöhtes Pflichtgefühl voraus, und dieses erhöhte Pflichtgefühl ist notwendig, wenn die Gesamtwirtschaft nicht leiden soll. Demokratie heißt Einordnung ins Ganze aber nicht Diktatur, das gilt auch bei der konstitutionellen Fabrik. Potthoff sagt mit Recht, daß die demokratische Mitregierung in den Fabriken durch die Arbeitnehmer sich im wesentlichen auf die innere Einrichtung des Betriebes, vor allem auf die Arbeitsbedingungen beschränken müsse, die verantwortliche Leitung nicht ausschalten dürfe.

Die Sicherung guter Arbeitsbedingungen hängt ab von der Leistungsfähigkeit des Betriebes, diese sowohl von der Arbeit der Beschäftigten wie von der technischen und kaufmännischen Führung. Auch von dieser sollten die Arbeitnehmer nicht ganz ausgeschaltet sein. Im Gegenteil soll ihre Anteilnahme am Schicksale der Unternehmung, am Ertrage der gemeinsamen Arbeit nach Möglichkeit behoben werden durch Gewinnbeteiligung, durch Rente für Ersparnisse und Verbesserungen, auch durch regelmäßige Besprechungen über die Marktlage, über die Voraussetzungen eines gewinnreichen Geschäftes. Ein verständiger Unternehmer wird sich auch nicht scheuen, den Vertrauensleuten seiner Mitarbeiter einen gewissen Einblick in Kalkulationen und Bilanzen zu geben, damit sie sich selbst überzeugen, welche Arbeitsbedingungen, im besonderen Löhne gemährt werden können, ohne den Betrieb unwirtschaftlich zu machen.

Aber die Entscheidung über Art und Umfang der Produktion, Ein- und Verkauf, Kreditaufnahme und Gewinnsanlage, Bezugsquellen, Absatzmärkte und manches andere muß dem Betriebsleiter vorbehalten werden. Er trägt die Verantwortung entweder gegenüber seinem eigenen Geldbeutel oder gegenüber der Gemeinschaft, die ihn bestellt hat. Diese verantwortliche, sachmännliche Leitung ist notwendig, um das beste Ergebnis zu erzielen, das wieder Voraussetzung der besten Arbeitsbedingungen ist; und auch Voraussetzung für den Erfolg einer Sozialisierung. Denn wenn die Arbeitnehmer maßgebend wären, so läge an vielen Stellen, besonders in den radikalen sozialdemokratischen Hochburgen, die Verführung zu nahe, daß sie den Betrieb nur unter dem Gesichtspunkte ihrer eigenen Interessen verwalten. Und gerade die radikale sozialdemokratische Arbeiterchaft hat gezeigt, wie wenig sie geneigt ist, ihren Vorteil den Mächtigen auf die Gesamtheit unterzuordnen. Das Gesamtwohl aber muß nicht nur jedes Betriebes sein.

Eine Eisenarbeit wartet auf die deutsche Arbeiterchaft. An ihr liegt es, dem neuen Deutschland ein neues Leben zu geben. Aber dieses neue Leben gibt nicht der Klassenkampf, sondern die gemeinsame, opferwillige Tätigkeit aller Schichten und Stände. Nur dann wird die Sozialisierung zum Segen sein für das deutsche Volk und auch für die deutsche Arbeiterchaft.

Die Duisburger Metallarbeiterchaft gegen Spartakus

Nachdem die Kommunisten und U. S. P.-Leute zum zweiten Male die Bergarbeiter des Ruhrgebietes zum Generalstreik aufgehetzelt haben, indem sie dabei an die niedrigsten Instinkte der Arbeiterchaft appellierten, glaubten diese gewissenlosen Volksverführer, nunmehr auch den Zeitpunkt für gekommen, wo man sich an die in der Duisburger Metallindustrie beschäftigte Arbeiterchaft heranmachen müsse. Es scheint den Herrschaften

schon lange nicht mehr in den Kram zu passen, daß die Duisburger Arbeiterchaft in dem täglich wilderen Revolutionssturm die Ruhe und Besonnenheit nicht verliert, sondern im Gegenteil bestrebt ist, durch vermehrte Arbeitsfreudigkeit die Produktion steigern zu helfen und damit am Wleberaufbau unseres arg darnieder liegenden Wirtschaftslebens nach besten Kräften mit tätig zu sein. In Düsseldorf und Mülheim-Mühlr reiste daher im kommunistisch-jugblallischen Lager der Plan heran, spite-mattisch auf der ganzen Linie die Duisburger Arbeiterchaft den spartakistischen Bredeln gefügiger zu machen. Ueberall da aber, wo die Verfechter des Generalstreik-Gedankens sich zeigten, erlebten dieselben, dank des klugen umsichtigen Handelns von der in Frage kommenden Arbeiterchaft, besonders der christlichen Metallarbeiterchaft einen großen Herceinfall. Welt über 90 Prozent der Arbeiterchaft Duisburgr erklärten sich nämlich bei der Abstimmung gegen den Generalstreik.

Trotz des schändlichen Herceinfalls geben diese gewissenlosen Volksverführer ihr der Arbeiterchaft und der Volksgemeinschaft nur Verderben bringendes Spiel nicht verloren, vielmehr suchen die Spartakisten ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen. Leider lassen sich in solchen Fällen früher der sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörende Arbeiter dazu mißbrauchen, die politischen Geschäfte von Spartakus zu besorgen. Ganz besonders hat man sich hierzu die Belegschaftsversammlungen, die für die organisierte Arbeiterchaft bestimmt sind, ausersehen, um für den Kommunismus Stimmung zu machen. Die am Sonntag, den 13. April, im Grubersehen Saale zu Duisburg-Wanheim einberufene Belegschaftsversammlung der Schulz-Knaudischen Arbeiter war von Kommunisten in gleichem Sinne eingefärbt worden. Obgleich es sich in dieser Versammlung um rein wirtschaftliche Dinge handelte, hatte man dem letzten Punkt der Tagesordnung politischen Einschlag gegeben. Gewerkschaftsvertreter glaubte man nicht nötig zu haben und ließ sie infolgedessen unbeteiligt. Die christlich organisierten Metallarbeiter aber befolgten die altbewährte gewerkschaftliche Disziplin und setzten von der angeforderten Versammlung ihre zutändige Ortsverwaltung in Kenntnis, die denn auch Vertreter entsandte. Der Obmann des Arbeiter-Ausschusses eröffnete den Reigen dieser widerlichen Komödie und besagte die Versammlung, ob man gewillt sei, einen Vertreter der Bergarbeiter zu Wort kommen zu lassen. Bedenken hiergegen wurden keine geäußert und so konnte ein Herr Müller aus Hamborn seine Generalstreik-Mede halten. Das vorgenannte Herr kein gutes Haar an den Gewerkschaftsführern und den von ihnen geleiteten Zentral-Verbänden ließ, nimmt ja weiter kein Wunder, denn in ihrer wahnsinnigen Verblendung glauben die Kommunisten ihren von Haß und Fanatismus eingegebenen Kampf in erster Linie gegen die bösen Gewerkschaften führen zu müssen. Zum größten Leidwesen der Spartakisten will es nämlich nicht gelingen, die Zentral-Verbände von der Bildfläche verschwinden zu lassen, sondern die altbewährten Arbeiterorganisationen gewinnen täglich noch mehr an Einfluß. Der Entwicklungsgang, insbesondere der christlichen Gewerkschaften, zeigt keine Neigung auf den Aussterbepfad hin zu steuern, sondern trotz der Revolution ist sie mit verdreifachter Zahl ins neue Deutschland einmarschiert. Diese nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache macht die Kommunisten-Häuptlinge und deren gebankenlose Nachbeter immer erbitterter, und so suchen sie denn letzten Endes das, was ihnen an Lächerlichkeit abgeht, durch den in der Revolution von allen „sozialistischen Weltverbesserern“ sich angeeigneten Straßmelerton zu ersetzen. In derselben Rolle gestiel sich auch Herr Müller. Aber trotz der aufpeitschenden Rede vermochte Herr Müller nicht, irgendwelchen Eindruck auf die Versammlungsteilnehmer zu machen. Die hierauf einsetzende Aussprache benutzten die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes und deren Kollegen, um die gemachten Ausführungen des Herrn Müller und Herrn Timmers auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Das Abstimmungsverhältnis ergab denn auch eine eindruckende Mehrheit für die Arbeit, und zwar 182 gegen den Streik, während sich 87 für denselben aussprachen bei 13 ungültigen Stimmen. Ein weiterer Antrag, der besagte, die Schulz-Knaudischen Arbeiter beschließen, den 1. Mai als Feiertag zu begehren, gelangte auf entschiedenen Protest der anwesenden christlichen Arbeiter überhaupt nicht zur Abstimmung. Der Verlauf der Versammlung hat zur Genüge bewiesen, daß die Arbeiterchaft nichts mit einer Gesellschaft zu tun haben will, die bis jetzt nach nicht den Befähigungsnachweis erbracht hat und auch wohl niemals erbringen wird, imstande zu sein, irgend etwas Ersprießliches für die Arbeiterchaft zu leisten. Einer solchen Bruchfirma, die durch ihr Verhalten sich selbst das Ratszeitel des Arbeiter- und Volksrates aufgedrückt hat, mag sie sich nun, politisch gesprochen, Kommunismus nennen oder wirtschaftlich betrachtet den hochtönenden Namen Freie Vereinigung, Allgemeiner Arbeiterverband beilegen, wird und kann die Arbeiterchaft niemals Gefolgschaft leisten, sondern lediglich nur die Gewerkschaften in Frage, und zwar für die christliche Arbeiterchaft nur die christlichen Berufsverbände. Darüber können und dürfen die Kommunisten beruhigt sein. Die christliche Arbeiterchaft des hiesigen Bezirks wird mit verdoppelter Kraft für die weitere Verbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens tätig sein, trotz kommunistischer Gewaltmaßnahmen.

Es ist eine Freude, zu sehen, wie gerade die christlichen Metallarbeiter in einer Zeit, wo der Generalstreik tobt, den kühlen Kopf bewahren, unentwegt ihre Pflicht tun, trotzdem sie — um nur ein Beispiel herauszugreifen — genau so schwer arbeiten müssen wie die Vergleute auch, und ebensoviel, ja noch mehr, an Entbehrungen erdulden müssen als die Vergleute. In Punkte Zusatzlebensmittel kamen selbst die Hüften- und Welscherarbeiter noch hinter den Bergarbeitern. Die christlichen Metallarbeiter haben die Zähne zusammengebissen und gezeigt, daß sie die Not des Volkes und die Not des Landes in tiefer Seele empfinden und alles tun, um sie zu lindern, indem sie arbeiten. Mit Ehren wird die christliche Metallarbeiterchaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung genannt werden.

Da zeigt sich auch der Erfolg der Schulungsarbeit, die in Konferenzen, Versammlungen, Besprechungen geleistet wurde. Aber es muß auch da noch mehr geschehen. Der letzte Kollege muß erkennen, daß die gewerkschaftliche Schulung notwendig ist — und er darf deshalb keine Gelegenheit verpassen, wo er sich weiterbilden kann. Nur so werden sie überzeugte christliche Metallarbeiter. Und die sind in heutiger Zeit bitter notwendig. Die Parole „Alle Mann an Bord“ muß Leitwort sein.

Der brutalste Terrorismus

gegen christlich organisierte Arbeiter wird bei der Hochmuth-Gesellschaft der Straßenbahn-Gesellschaft von in den sozialdemokratischen Verbänden organisierten Arbeitern ausgeht. Die Verhältnisse, die sich dort entwickelt haben, sind geradezu skandalös. Alle möglichen Mittel wurden angewandt, um die christlich organisierten in die sozialdemokratischen Verbände zu pressen. Der Hochmuth Angestellte des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, Stabiv. Altmey, verlangte im Februar in einer schriftlichen Eingabe, daß die Direktion eine vom sozialdemokratischen Transportarbeiterverband besetzte Besannmachung erlasse, wonach alle Beschäftigten einer Einheitsorganisation angehören mußten. Mit dieser Einheitsorganisation war natürlich der sozialdemokratische Verband gemeint. Da die Direktion diese Forderung nicht bewilligte, sondern nur einwilligte, von allen Beschäftigten zu verlangen, daß sie gewerkschaftlich organisiert sein müßten, sagte jetzt der Terrorismus desto schärfer ein.

Ein Anschlag veränderte, daß die Arbeiter bis zu einem bestimmten Tage ihre Verbandsbücher abzuliefern hätten, andernfalls sie gekündigt würden. Selbstverständlich war der Empfänger der Bücher ein Sozialdemokrat. In Versammlungen wurden die christlich organisierten Leute vor die Alternative gestellt, entweder zum sozialdemokratischen Verband überzutreten oder sie würden gekündigt. Am Mittwoch erschienen Vertreter der Arbeiter beim Direktor und erklärten, daß, wenn ein christlich organisierter Kollege bis mittag seinen Uebertreitt zum sozialdemokratischen Verband nicht erklärt hätte und die Direktion sich weigere, ihn dann zu entlassen, die Arbeiter geschlossen die Arbeit niederlegen würden. Die Direktion beugte sich dem Terror der Sozialdemokraten, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, Arbeitsschende dürfen von der Direktion nur eingestellt werden, wenn der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Verbandes seine ausdrückliche Zustimmung erteilt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Castropener Straßenbahn.

Der Terrorismus gegen nichtsozialdemokratische Beschäftigte kennt keine Grenzen. In brutalster Weise ist hier die Monopolisierung der Arbeiter für den Sozialismus durchgeführt. Wer sich dem diktatorischen Zwange nicht fügt, wird einfach brotlos gemacht. Er kann mit Frau und Kindern verhungern, was fört dies die „Freiheits“-Helden. Es wird nach dem Grundfrage gehandelt: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

Aus diesem Vorkommnis erkennen alle nicht-sozialistischen Kreise, was sie von der neuen Freiheit des Sozialismus zu erwarten haben. Vor dieser Diktatur und Gewissensnechung gibt es nur einen Schutz: ein rechter Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen, männlicher und weiblicher Angestellten, in den christlichen Gewerkschaften.

Spartakus für teure Lebensmittel

Der Streik der Vergleute hat es glücklich fertiggebracht, daß dem deutschen Volk die Lebensmittel immer mehr verteuert werden und daß viele Arbeiterfamilien kaum in der Lage sind, die Lebensmittel, die uns jetzt vor der Entente geliefert werden zu kaufen.

In der Nationalversammlung in Weimar hat nun der Reichsernährungsminister Schmidt dargetan, wie dieser verbrecherisch aufgepuffte Streik auf die Preise der vom Ausland bezogenen Lebensmittel gewirkt hat. Schmidt führte aus:

W i m -mer Preisfall: In den 14. März konnte ich in Ausstoj stellen, den Speck mit 8,37 Mark das Kilogramm liefern zu können, durch das Sinken der Wluta ist der Preis am 10. April schon auf 10,82 Mark gestiegen (hört, hört) Ähnlich liegt die Sache beim Mehl.

Wer die Lebensmittel nun mit höheren Preisen bezahlen muß, kann sich bei den unabhängigen und spartakistischen Streikwählern dafür bedanken.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 27. April der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. April bis 3. Mai fällig.

*

Die Zahlstelle Lübeck erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Wotalschuldes. Die zweite Beitragsklasse zählt 1 Mark. Jugendliche und weibliche Mitglieder 50 Pf. Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet

Ebing. Rot oder kein Brot. Daß diese Worte heute noch zutreffen oder heute erst recht, beweist folgendes Vorkommnis: Vor etwa drei Wochen fand im Volkshaus dahier eine Betriebsversammlung statt. Die Kesselschmiede der Firma Schömann, einberufen vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Der zweite Geschäftsführer des genannten Verbandes, Herr Wirost, hielt einen dreiviertelstündigen Vortrag (Spreche), in dem er mit den christlichen und Nicht-Duisburger Gewerkschaften zu Gericht zog und ihnen Vorfassberechtigung abschraff. Auch Pfaffen und Kirchen lagen ihm sehr am Herzen. Der Herrschel schreie aus, doch alle, die noch zur Kirche gingen, und solche, die christlich organisiert seien, Streikführer und Arbeitervertreter sprachen. Heute gab es bloß noch eine Einheitsorganisation, und dies sei die sozialistische Arbeiterbewegung. Nachdem noch einige abgedrehtene Wärdchen aufgeschwatzen waren, schritt man zur Diskussion. Hier wagte es ein christlich organisierter Arbeiter, Stellung gegen diese Rede zu nehmen, und betonte, er sei herhin gekommen, um über das Wohl und Wehe des Betriebes etwas zu hören und die Mißstände vom Betrieb zu beheben, statt dessen sei es eine Agitationsversammlung gegen alle andere Gewerkschaften. Man solle erst mal mit Beweisen antreten für Arbeitervertrauen und Streikbruch der christlichen Gewerkschaften.

Daß der Volkshausleiter war ja im eigenen Heim, und da durch es kein Andersdenkender wagen, gegen einen Beamten der sogenannten rechten Gewerkschaften zu sprechen. Er zog von neuem gegen alle christliche los.

Das war schließlich den eigenen Leuten zuviel. Ein Genosse des Fabrikarbeiterverbandes meldete sich, der den Beamten des Metallarbeiterverbandes für seine Heppauke zur Rede stellte. Auch er war der Meinung, es sei doch eine Betriebsversammlung.

Von neuem ergliff der Gehobene das Wort, um über seinen An-
sehen das Urteil zu fällen, wie es es wagen kann, gegen die
Anliegen zu sprechen.

Die Verammlung verlief schließlich wie das Hornberger Schießen.
Vingelichts solcher Wortkämpfe kann die Parole nur lauten: Alle
christlich denkenden Arbeiter von Ebing müssen hinein in die christ-
lichen Gewerkschaften, das ist die wahre Zukunftsvoraussetzung.

Es ist endlich haben wie nunmehr auch im Siegerland eine
Lohnsteigerung für verschiedene gewichtige Werke zusammen abzu-
schließen. Da der Siegerländer Arbeitgeberverband es bisher hartnäckig
abgelehnt hatte, mit den Arbeitnehmerverbänden gemeinsame Lohnsätze
für den ganzen Bezirk des R. G. L. abzuschließen, traten am 3. April
h. J. die Arbeiterausschüsse der fünf Kreisverbände und Eisenindustrie-
verbände (H. Stähler, Wehr, Adenbach, Sleg-Bohr, Werke, E.
Stich und Schlegel & Co. gemeinsam mit der Forderung an ihre Firmen
heran, vom 1. April an gefällte Grundlöhne einzuführen. Die Löhne
sollten gefällig werden nach Berufsgruppen und Alter, und zwar wie
folgt. Es wurden gefordert die Stunden:

- Gruppe 1: Facharbeiter im Alter von 17 bis 20 Jahren 1,65 M.,
von 20 bis 24 Jahren 2 M., über 24 Jahre 2,20 M.
- Gruppe 2: Schweißer und Maschinenarbeiter von 17 bis 20 Jahren
1,30 M., von 20 bis 24 Jahren 1,70 M., über 24 Jahre 2 M.
- Gruppe 3: Pfah- und Hilfsarbeiter von 17 bis 20 Jahren
1,20 M., von 20 bis 24 Jahren 1,50 M., über 24 Jahre 1,80 M.
- Gruppe 4: Jugendliche Arbeiter von 14 bis 15 Jahren 0,60 M.,
von 15 bis 16 Jahren 0,80 M., von 16 bis 17 Jahren 1 M.
- Gruppe 5: Lehrlinge von 14 bis 16 Jahren 0,40 M., von
16 bis 18 Jahren 0,60 M., von 18 bis 17 Jahren 0,80 M.

Diese Forderung wurde den einzelnen Firmen zugestellt mit der
Bitte, bis zum 10. April Stellung hierzu zu nehmen. Da eine Ant-
wort an die Arbeiterausschüsse bis zu dem angegebenen Termin nicht
erfolgt war, traten sämtliche fünf Belegschaften in den Ausstand.
Nun wurden schließlich die Organisationsvertreter herbeigerufen, und
es gelang dann, nachdem eine Verhandlung zwischen Belegschaften
einerseits und Organisationsvertretern und Arbeiterausschüssen anderer-
seits verlagert worden war, in einer zweiten Verhandlung am 12. April
folgende Einigung herbeizuführen.

Die Werkvertreter bewilligten für:
Gruppe 1: Facharbeiter von 17 bis 20 Jahren 1,40 M., von 20
bis 24 Jahren 1,70 M., über 24 Jahre 2,05 M.
Gruppe 2: Schweißer und Maschinenarbeiter von 17 bis 20 Jahren
1,20 M., von 20 bis 24 Jahren 1,55 M., über 24 Jahre 1,80 M.
Gruppe 3: Pfah- und Hilfsarbeiter von 17 bis 20 Jahren 1,10 M.,
von 20 bis 24 Jahren 1,35 M., über 24 Jahre 1,70 M.
Gruppe 4: Jugendliche Arbeiter von 14 bis 15 Jahren 0,35 M.,
von 15 bis 16 Jahren 0,50 M., von 16 bis 17 Jahren 0,70 M.
Ueber die Bezahlung der Gruppe 5 wurden keine Beschlüsse gefaßt,
weil die Entlohnung der Lehrlinge in den Lehrverträgen vereinbart
wird.

Die oben angeführten Sätze gelten als Mindestlöhne bei allen
Arbeiten im Stundenlohn. Bei Arbeiten im Akkord ermäßigen sich
diese Sätze um 10 Prozent, dafür sind die Akkorde so bemessen, daß
ein Mehrerwerb von mindestens 30 Prozent auf die um 10 Prozent
ermäßigten Sätze erzielt werden kann, und zwar nach der Durch-
schnittsleistung eines Arbeiters. Da sich die Arbeiterausschüsse bereit
erklärten, das Angebot der Werkleitungen ihren Belegschaften zur An-
nahme zu empfehlen, wurde am Montag die Arbeit wieder überall
aufgenommen. Das Uebereinkommen stellt eine erhebliche Erhöhung
der bisher in diesen Betrieben gezahlten Löhne dar, und kann man sich
darüber nur freuen. Bemerkenswert ist noch, daß die bei der Verhandlung
abwesenden Werkvertreter dem Gedanken der gemeinsamen Lohnregelungen
sehr sympathisch gegenüberstanden, weil ihnen dadurch eine Kasualisation
viel eher möglich wäre. Man kann daher nicht begreifen, daß der
Vorstand des Siegerländer Arbeitgeberverbandes unsere Anträge auf
Abschlüsse von Tarifverträgen bis dahin so wenig berücksichtigt hat.

München. Am 1. Februar hielt die Ortsgruppe ihre
vierteljährliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war.
Der Geschäftsführer, Kollege Wosbach, gab den Bericht
über die Tätigkeit und Entwicklung der Organisation im
verloffenen Jahre. Für fast alle Berufe konnten sehr wesent-
liche Lohnverbesserungen und sonstige Vorteile erzielt werden.
Im ganzen erhielten 1280 Mitglieder Mehrerdienste von
7,50 bis 25,00 M. wöchentlich, im Durchschnitt etwa 16,00 M.
Nach Verhandlungen mit dem Verbande Bayerischer Metall-
industrieller gelangte ab April 1918 in der Münchener Metall-
industrie die 54 stündige Wochenarbeitszeit zur Einführung.
Diese Regelung wurde dann im November durch Verein-
barung mit den Arbeitgebern überholt und die 44 stündige
Arbeitszeit pro Woche bindend.

Nährig nahm sich der Verband der fortgesetzten wirtschaft-
lichen und sozialen Interessen der Mitglieder an. So in der
Ernährungs- und Wohnungsfrage und Sozialgesetzgebung.
Den Familien der zum Heere eingerückten Kollegen und diesen
selber stand die Verwaltung mit Rat und Tat zur Seite.
In 127 Fällen wurde hier Mitglieder durch persönliche
und schriftliche Bemühungen geholfen. Der Ortsbibliothek
wurden im Geschäftsjahre von 116 Mitgliedern 936 Bücher,
meist Fachliteratur, entlehnt. Der Postverkehr umfaßte 10 613
Briefe und 1745 Einläufe. Der Beamte wurde durch 342
Versammlungen und 148 Sitzungen in Anspruch genommen.
Der Mitgliederstand stieg von 483 (1421 Aufnahme und
Abetrüchte) auf 1408. Diese Zahl kann für München keines-
wegs genügen, und es muß die Ehrenpflicht eines jeden
Mitgliedes sein, im kommenden Jahre in der Vorbereitung
seiner Mann zu stellen. Laufende, die auf Grund ihrer
Bekanntmachung zu uns gehören, müssen gewonnen werden.
Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 19 637,70 M.,
die Ausgaben 6403,71 M., sodaß 13 234,99 M. der Zentrale
überwiesen wurden. Die Lokalkasse verzeichnete 11 816,22 M.,
veranschlagt 8316,15 M., sodaß ein Lokalkassenstand von
3600,07 M. verblieb. Anschließend sprach der Referent den
Dank des Verbandes aus und drückte die Hoffnung aus,
daß es auch in diesem Jahre nicht an eifrigen und über-
zeugungsstarken Vertrauensleuten fehlen würde.

Darauf sprach Bezirksleiter Kollege Konrad in inter-
essanten Ausführungen über die derzeitige wirtschaftspolitische
Lage und die Entwicklung des Verbandes im allgemeinen und
forderte die Kollegenschaft auf, Kämpfer für unsere hehre
Sache zu sein.
In der darauffolgenden sehr lebhaften Aussprache wurden
wichtige Fingerzeige zur gedeihlichen Fortentwicklung der Orts-
gruppe gegeben und der Verwaltung einflüßig Einlassung er-
teilt. Die Wahl des Ortsausschusses konnte glatt ge-
lungen werden, sodaß der Vorsitzende die schon verlaufene General-
versammlung harmonisch mit einem Hoch auf den Verband be-
schließen konnte. — Wegen die Hoffnungen der Kollegenschaft
auf ein Wiedererblühen unseres heimischen Wirtschaftslebens
und eine Gesundung der politischen Verhältnisse erfüllt werden.

Einstweilen ist leider noch München, das früher viel gelieferte
„Gabuna“, ein Colorado für vollstichtige Streber und sozialistische
Wolfsgeher. Es wäre höchst dringlich, wenn der altbackene,
nüchtern Münchner Vorstand wieder etwas mehr zur Geltung
kommen würde.

Abkündigung. Das verfloffene Jahr war reich an gewerkschaftlicher
Arbeit, aber auch an wirtschaftlichen Enttäuschungen. In drei Lohnbewegungen
 gelang es der Kollegenschaft, welche fast ausschließlich bei der Maschinen-
fabrik Exterer u. Co. beschäftigt ist, die Lohnverhältnisse der bestehenden
Leuerung entsprechend anzupassen. Im Durchschnitt betrug die Lohn-
steigerung für den einzelnen Kollegen 45 bis 50 Pf. die Stunde.
Das Verhalten der Direktion war leider nicht dazu angetan, ungetrübte
Freude über die Verdiensterhöhungen der Arbeiter zu herbeizuführen,
da erstere allzusehr mit der Berührungslosigkeit liebäugelte
und beim Vollzug der Zugeständnisse sehr kleinlich zu Werke ging, so daß
seitens des Verbandes und des Arbeiterausschusses fortwährend Re-
klamationen notwendig waren.

Das Eingreifen des Verbandes war fernerhin in der Lebens-
mittelversorgung der Bevölkerung, in der Kriegswohlfahrtspflege und
der Erwerbslosenfürsorge notwendig. Überall konnte den berechtigten
Reklamationen abgeholfen werden, teilweise allerdings erst nach Re-
klamationen bei der Staatsregierung. So wurde auf unsere Veranlassung
auch die Kriegsheimstättenunterstützung durch einen 50prozentigen Zuschuß
seitens der Gemeinde erhöht.

Der Mittelverband der Zählstelle konnte von 132 auf 159 ge-
steigert werden, so daß fast die ganze Belegschaft des Betriebes, soweit
Metallarbeiter in Frage kamen, in unserem Verband organisiert ist.
Im laufenden Jahre hält die Vorwärtsentwicklung der Zählstelle an,
obwohl von gegnerischer Seite nicht selten unehrerliche Agitationspraktiken
versucht werden. Für die Hauptkasse wurden eingenommen 8893,55 M.,
an die Hauptkasse abgesetzt 2874,40 M. Die Lokalkasse schloß mit
1460,13 M. Einnahmen und 941,31 M. Ausgaben ab, so daß ein
Stand von 518,82 M. verblieb. Die Stärkung der Lokalkasse muß
als eine vorübergehende Aufgabe der nächsten Jahre bezeichnet werden.
Im übrigen aber: Kollegen, haltet zusammen, damit ihr um die Früchte
der praktischen Gewerkschaftsarbeit vollständig nicht betrogen seid.

Bekdorf. Von der hier selbst für den Kreis Altentischen neu er-
richteten Verwaltungsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes waren
am Sonntag die Vorstände und Vertrauensleute zu einer
Konferenz versammelt. Die Tagung war sehr besucht und nahm
einen anregenden Verlauf. Der erstarrte Bericht des Generalsekretärs
Johannes Kraus ließ eine vielschichtige und ergötzliche Tätigkeit des
Verbandes erkennen. Dementsprechend bewegten sich auch die Mittelver-
bände und die Kasserverhältnisse der Verwaltungsstelle in bestem
Maße aufwärts und schienen auf eine weitere gute Entwicklung. In
einem weiteren umfangreichen Bericht gab Johann Gewerkschaftsreferent
Maier einen Bild über die gewerkschaftlichen Zukunftsansichten.
In diese Berichte schloß sich eine anregende Aussprache der Delegierten
an. In den Verhandlungen wurde im besonderen einmütig bedauert,
daß der Siegerländer Arbeitgeberverband die Abkündigung von Tarifver-
trägen für die Metallindustrie noch ablehnend gegenüberstände. Die
Folge davon würden weitere wirtschaftliche Enttäuschungen und ungelöste Lohn-
bewegungen sein, für deren Wiedervermeidung der Arbeitgeberverband dann ver-
antwortlich ist. Für eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln für den
industriellen Teil des Kreises wurde die Verhandlung beauftragt, bei
den höchsten Versorgungsstellen zu beantragen: daß von den aus
dem Ausland hereinkommenden Lebensmitteln ein angemessener Teil für
das heimische Industriegebiet sichergestellt werde. Außerdem müsse erneut
der Versuch gemacht werden, für die kommende Versorgungsperiode den
industriellen Teil des Kreises Altentischen in die Industrieregelung des
oberen Siegerlandes, in die Versorgungsregelung der Provinz West-
falen einzureihen. Vom Regierungsbezirk Koblenz, der verhältnismäßig
wenig Schwerindustrie habe, sei nichts Besseres zu erwarten. Dringend
verlangt wurde ferner, die Familienversicherung in allen Kranke-
nassen einzuführen, bezugnehmend auch der Zusammenschluß dieser Kassen,
um die Familienversicherung, eine bessere Krankenpflege u.ä. überall
errichten bzw. erweitern zu können. Gegen die beabsichtigte Einföhrung
der Sommerzeit wurde entschieden protestiert. Nach der getätigten
Wahl des Verwaltungsstellenverbandes wurde nach einem fernigen Schluß-
wort des Geschäftsführers Kraus die Konferenz mit einem Hoch auf den
christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Jahrelang war der christliche Metallarbeiterverband
bemüht, die vielfach trostlose Lage der Arbeiter in der Ueber-
industrie auf dem Schwarzwalde zu verbessern. Diese Bestrebungen
scheiterten aber an der Gleichgültigkeit der in Betracht kommenden Arbeiter.
Die Preis steigende Leuerung zwang aber auch den Kollegen die An-
nahme, daß nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihre Lage
gebessert werden kann. Allorts werden jetzt auf dem Schwarzwalde
Tarifverträge abgeschlossen, welche die namhaften Betriebe durch
schriftliche Vereinbarung auf die Dauer festhalten. So wurde für die
Firma Böhrer'scher Metallwarenfabrik, G. m. b. H. in Böhrer'sch,
folgender Tarif abgeschlossen:

Zwischen der Firma Böhrer'scher Metallwarenfabrik, G. m. b. H.
in Böhrer'sch, vertreten durch den Geschäftsführer Hornung und Rechts-
anwalt Dr. Feil in Donaueschingen als Vertreter des Geschäftsführers
Otto Roth in Feuerbach, und der Arbeiterschaft dieses Betriebes, vertreten
durch den Generalsekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes,
Johannes Kraus in Bellingen, und dem Arbeiterausschuß des Betriebes
wurde vor dem Schlichtungsausschuß folgender Tarifvertrag abgeschlossen:

Mindesteinkommen pro Stunde.
Werkzeugmacher und Mechaniker im Alter von 18 Jahren 80 Pf.,
von 21 Jahren 100 Pf., von 25 Jahren 130 Pf.
Automatenarbeiter im Alter von 18 Jahren 80 Pf., von 21 Jahren
100 Pf., von 25 Jahren 130 Pf.
Revolvermacher und angeleitete Arbeiter im Alter von 15 Jahren
35 Pf., von 16 Jahren 40 Pf., von 18 Jahren 70 Pf., von
21 Jahren 100 Pf., von 25 Jahren 125 Pf.
Hilfsarbeiter im Alter von 15 Jahren 35 Pf., von 16 Jahren
40 Pf., von 18 Jahren 60 Pf., von 21 Jahren 90 Pf., von
25 Jahren 110 Pf.
Maschinenarbeitern im Alter von 15 Jahren 35 Pf., von
16 Jahren 40 Pf., von 18 Jahren 50 Pf., von 21 Jahren 65 Pf.,
von 25 Jahren 70 Pf.
Konditore im Alter von 15 Jahren 35 Pf., von 16 Jahren 40 Pf.,
von 21 Jahren 55 Pf., von 25 Jahren 60 Pf.
Arbeiter und Arbeiterinnen, welche längere Zeit im Betrieb be-
schäftigt sind, erhalten mehr als den Mindestlohn.
Im Akkord müssen mindestens 25 Prozent über den Stundenlohn
verdiene werden.

Lehrlingslöhne.
Lehrlinge erhalten pro Stunde im ersten Jahre 20 Pf., im zweiten
Jahre 40 Pf., im dritten Jahre 50 Pf.

Arbeitszeit und Ueberstunden.
Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden die Woche. Ueberstunden werden
zu 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag
vergütet. Ueberstunden in obigen Sinne sind die ersten zwei Stunden
nach Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit, die weiteren Stunden sind
Nachstunden. Ueberstunden, welche zur Aufrechterhaltung des Betriebes
notwendig sind, werden mit 25 Prozent Zuschlag vergütet.

Allgemeines.
Besitzer der bessere Arbeitsbedingungen werden nicht verschlechtert
werden.

Der Vertrag tritt ab 1. März 1919 in Kraft und erfolgt Ab-
zahlung von diesem Tage an.

Der Vertrag gilt solange, bis er mit vorentsprechender Kündigung
frist von einer der vertragsschließenden Parteien gelündigt wird.
Die Arbeitsordnung wird mit Rücksicht auf die zur Zeit geltenden
gesetzlichen Bestimmungen unter Beziehung der Verbandsvertreter ge-
ändert.

Donaueschingen, den 27. März 1919.
gez. Schalte,

Oberamtman und Vorsitzender des Schlichtungsausschusses.
Böhrer'scher Metallwarenfabrik,
gez. Hornung.

Für Herrn Geschäftsführer Otto Roth; gez. Dr. M. Feil.
Der Arbeiterausschuß:
gez. Albin Dold, gez. Gustav Helgmann.

Für den christlichen Metallarbeiterverband:
gez. J. Wasmayer, Generalsekretär.

Was die Kollegen durch festes Zusammenstehen erreicht haben, kann
nur durch treues Festhalten am christlichen Metallarbeiterverband auf
die Dauer gesichert werden. Darum, Kollegen und Kolleginnen, haltet
fest zum christlichen Metallarbeiterverband.

Versammlungs-Kalender

- Samstag, den 26. April:
Witten-Langendree: 5 Uhr Vertrauensmänner bei Schulte.
Dortmund-Selm: 2 1/2 Uhr im Lokal Bant.
Dortmund-Billinghausen: 6 Uhr im Lokal Richter.
D. Wanhelm: 7 Uhr bei Klapph.
Essen-Selwig: 7,30 Uhr bei Buchmüller.
Sonntag, den 27. April:
Witten-Langendree: 5 Uhr Mittelverbandsversammlung bei Schulte.
Witten-Ortsverwaltung: 11 Uhr Vertrauensmänner-General-
versammlung aller Ortsgruppen bei Mudeke in Witten,
Augustastr. 63.
Dortmund-Lünen: 10 Uhr im Lokal Körtner.
Dortmund-Deichmar: 3 Uhr im Lokal Müllmann.
Dortmund-Görne: 11 Uhr im Lokal Brede, Kaiserstraße.
Dortmund-Billinghausen: 5 Uhr bei Rose.
Dortmund-Kaurel: 11 Uhr bei Schöndermann.
Dortmund-Schüren: 7 Uhr bei Meinhöbel.
Großenbaum: 11 Uhr bei Blankenheim. Mitgliedsbücher sind
vorzuzeigen.
Martyr: Bei Bruch, Marienstraße.
Essen-Bredendach: 11 Uhr bei Köhler.
Heberne: 11 Uhr Versammlung. Lokal wird bekannt ge-
geben.
Heisingen: 10 Uhr bei Borgemelter.
Lamborn: Bei Kemmersbach (Mittag).
Dorfled: 11 Uhr bei Brune, Sterkrader Straße.
Seibed: 5 Uhr bei Kirkes.
Oberhausen: 11 Uhr bei Müsch, Generalversammlung der
Krankengeldversicherung für alle Zählstellen.
Reumühl: 11 Uhr bei Schmitz, Dorfstraße.
Gelsenkirchen (Verwaltungsstelle): 10,30 Uhr im Gesellen-
haus, Theresienstraße 7. Quartalsgeneralversammlung,
Geschäfts- und Kassenericht. Auswärtige Ortsgruppen
entsendende Delegierte. Die Mitglieder der Stadt Gelsen-
kirchen sind verpflichtet, reiflich an der Generalversam-
lung teilzunehmen.

- Donnerstag, den 1. Mai 1919:
D. Laar: 6,30 Uhr bei Müller, Kaiserstraße, Experimental-
vortrag des Kol. Mehr.
Freitag, den 2. Mai 1919:
Essen. (Sektion der Klempner und Installateure.) 6,30
Uhr Versammlung im Alfredshaus.

Verwaltungsstelle Triemerstheim. Büro befindet sich Strom-
prinzengasse 80. Eingang Ecke Friedrichsplatz. Für den
Verkehr geöffnet vorm. 10 bis 12 Uhr und nachm. 3
bis 5 Uhr. Unterstühtungen werden nur Freitags aus-
gezahlt.

Geldentgänge bei der Hauptkasse im März.
Essen 4000 M., Lippstadt 500 M., Hildesheim 380 M., Barmen
2000 M., Reingarten 416,02 M., Stuttgart 669,31 M., M. Glabbach
1000 M., M. Glabbach 1000 M., Dortmund 10 000 M., Werbohl
2000 M., Gelsenkirchen 28,70 M., Raftal 209,49 M., Zimmigraß
1,70 M., Rotterdam 300 M., Dönnard 813,93 M., Hattenberg
200 M., Kleberbach 150 M., Kle 600 M., Offenbach 1266,55 M.,
Opfaden 4000 M., Bremen 400 M., Gmünd 1700 M., Dertich
167,90 M., Coesfeld 150 M., Bredehar 203,50 M., Pforzheim 171,71 M.,
Luttlingen 350 M., Saarbrücken 25 125,12 M., Barmen 1500 M.,
Mabensburg 184,06 M., Debe 500 M., Wannheim 800 M., Gles-
feld 800 M., Frankfurt 225,22 M., Der 300 M., Dinklage 300 M.,
Bielefeld 700 M., Pforzheim 1055 M., Remscheid 2700 M., Stolberg
10 320 M.

Kalkulation und moderne Arbeitsmethoden im Maschinenbau.

Von D. Schwenn, 288 S., 153 Abb., geb. 6.50 M.
Die richtige Vorausschätzung der Herstellungskosten von
Werkstücken für den Maschinenbau bedeutet nicht nur für den Fab-
rikanten ein Vorteil gegen die Konkurrenz in guten und
schlechten Zeiten, sondern schafft auch zufriedenstellende Zustände
zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Lohnpreise sollen
nicht erraten oder geschätzt, sondern auf Grund wissenschaftlicher
Studien und nach festgelegten Grundregeln bestimmt werden. Diese
Regel verfolgt dieses Buch! Einiges aus dem Inhalt:
Verschiedene Lohnsysteme, Bedeutung der Kalkulation, Schnittze-
schwindigkeit, Vorkauf, Tourenzahl, Bestimmung der Preise für ver-
schiedene Dreharbeiten und serienweise Herstellung derselben. Plan-
drehen, Gewindeschneiden, Arbeiten auf der Revolverbank, Fräsarbeiten,
Räder häfen nach dem Abwälzverfahren, Keilräder und Gewinde
fräsen, Rohrartellen, Hobeln, Giessen, Schleifen, Schlosserarbeiten.
Gegen Einbindung von 6,50 M. (Nachnahme 6,90).
Ed. v. Herrmann, Abt. 3, Berlin, Fruchth. 51.

Partellsekretär gesucht.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Köln sucht für die
Leitung seines Sekretariats einen tüchtigen Beamten. Befähigte, mit
der christlichen Gewerkschaftsbewegung durchaus vertraute Kollegen werden
um Bewerbung ersucht.

Kartell der christlichen Gewerkschaften Köln,
Wenzelstraße 8.